



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

1/2

Januar/Februar 2020 / 54. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Quo vadis – Europas Sicherheit

Seite 13 <

DPoIG-Spitze und
Bundesinnenminister
Seehofer im Gespräch:
Gemeinsam für die
Ruhegehaltfähigkeit
der Polizeizulage

Seite 21 <

Fachteil:

- Vorschau zum 58. Deutschen Verkehrsgerichtstag 2020 vom 29. bis 31. Januar 2020
- Vorschau zum Europäischen Polizeikongress 2020 am 4. und 5. Februar 2020





Neues Polizeirecht, Personalratswahlen – die Herausforderungen im neuen Jahr

Mut und Zuversicht für 2020!

Ein Ausblick von Bodo Pfalzgraf,
DPoIG-Landesvorsitzender Berlin

Dieses Jahr wird uns gewerkschaftlich vor viele unterschiedliche Herausforderungen stellen. Zum einen wird

die politische Debatte über ein neues Polizeirecht über einen Polizeibeauftragten und ein Landesantidiskriminierungs-gesetz zu führen sein. Das Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wird einen breiten Raum einnehmen. Dazu gehört auch folgende Frage: Wie gehen wir mit Überforderung, Staatsversagen und dem daraus resultierenden Vertrauensverlust um? Der Kontrollverlust des Staates darf nicht als Ermunterung gelten, sich nicht mehr an die Regeln halten zu müssen.

■ Infrastruktur und Personalratswahlen

Zur Daseinsvorsorge gehört ebenso, dass in die Gebäude der Polizei nachhaltig investiert wird. Die desaströse Infrastruktur im Bereich der öffentlichen Sicherheit darf nicht in Wahlperioden gemessen werden, sondern es müssen zuverlässige strategische Parlamentsbeschlüsse über die Parteigrenzen hinweg gefasst werden. Wer das nicht tut, versündigt sich an den nachfolgenden Generationen. Die Rückkehr der politischen Extreme und die Schrumpfung der demokratischen Mitte sind Warnzeichen für die Stabilität der Demokratie und der öffentlichen Ordnung. Man kann manchmal den Eindruck gewinnen, dass sich der Innense-nator vor zu viel Wirklichkeit fürchtet. Wenn ich von Bürgerbefragungen zur Lebenslage höre, die mittlerweile zum Standard als Grundlage für politische Entscheidungen werden, dann müssen wir dringend auch die Lebenslagen der



© DPoIG Berlin

> Bodo Pfalzgraf ist der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin.

Mitarbeitenden in der Polizei erkunden, um für Polizei und Ordnungsämter die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Zum anderen gehört es natürlich zur gewerkschaftlichen Kernaufgabe, sich an Personalratswahlen zu beteiligen und sie erfolgreich zu gestalten. Zwar geistern jetzt schon einige verwirrte Personalräte umher und meinen, für Einkommen und Ähnliches zuständig zu sein. Aber ein kurzer Blick in das Personalvertretungsrecht zeigt, wo die Aufgaben eines Personalrats liegen.

Im Zusammenhang mit den Personalratswahlen wird es leider unterschiedliche Wahltermine geben. In einigen Berei-

chen werden die Wahlen zu den örtlichen Personalräten vorgezogen und können bereits im Frühjahr stattfinden.

Doch die Wahlen für den Gesamtpersonalrat und den Hauptpersonalrat werden wieder im Herbst stattfinden. Also wird in einigen Bereichen der Ruf an die Wahlurne mehrfach ertönen. Unser Vorteil dabei ist die besondere Struktur der DPoIG Berlin. Einfach näher dran – mit gewerkschaftlichen Funktionsträgerinnen und -trägern an der Basis werden wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler kämpfen.

In diesem Sinne wünsche ich allen ein gesundes, frohes und erfolgreiches Jahr 2020. ■

Inhalt

- 1 Ausblick 2020
- 3 Interview mit Falko Liecke zu Clankriminalität
- 4 Fragestunde mit Bodo Pfalzgraf
- 5 Als Berliner Polizist in Frankreich – ein Bericht von Niklas Wegg
- 6 Neu: der DPoIG Berlin Run
- 7 Fortsetzung zur Beihilfe
- 8 Kontakte & Termine

Impressum:

Redaktion: Kay Biewald
E-Mail: presse@dpolg-berlin.de
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf
Landesgeschäftsstelle:
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
Besuchszeiten:
Mo. bis Mi. 9–15 Uhr
Do. 9–18 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Telefonsprechzeiten:
Mo. bis Fr. 10–13 Uhr
Tel. 030.3933073
Fax 030.3935092
Internet: www.dpolg.berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
ISSN: 0723-1814

Facebook: @polizei.berlin.5
Twitter: @DPoIGBerlin
WhatsApp: 0176.73282828
Instagram: @dpolgberlin



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

BERLIN



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

HAUPTSTADTBALL 2020

der Deutschen Polizeigewerkschaft

Berlin tanzt

incl. Galabuffet.

15.02.2020



Für Tanz und gute Laune sorgt
Dance & Showband
Andreas von Haselberg



**One-Woman-Show
mit Edwina De Pooter**

Eintritt: 60,- € p.P. / 1 Tisch (10 Personen) 550,- €
50,- € p.P. Mitglieder DPoIG und dbb-Gewerkschaften / 1 Tisch (10 Personen) 450,- €
Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr
Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin
Veranstalter: DPoIG Markt Verlag und Sozialwerk GmbH
Kartenverkauf über die Geschäftsstellen:
Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74



Ein Neuköllner Politiker mit Biss

Falko Liecke bei der DPoIG Berlin im Interview

Seit über zehn Jahren ist Falko Liecke als Stadtrat in Neukölln aktiv, acht davon im Amt als stellvertretender Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Jugend und Gesundheit. Einer seiner Schwerpunkte: Die koordinierte und effektivere Bekämpfung der Jugendkriminalität. Im Mai 2019 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Berlin gewählt. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Bereits seit über drei Jahren unterstützt er mit seiner Fördermitgliedschaft den Landesverband der DPoIG in Berlin. Um über seine Ziele, Erfahrungen und persönliche Meinung zu sprechen, traf sich Landesredakteur Kay Biewald mit ihm an seinem Amtssitz im Rathaus Neukölln.

DPoIG: Was hat Sie dazu bewogen, bei der DPoIG Berlin Fördermitglied zu werden?

Falko Liecke: Damit möchte ich persönlich die ehrenamtlichen Tätigkeiten innerhalb der Polizeigewerkschaftsarbeit unterstützen. Ich schätze die tägliche Arbeit der Polizei sehr und weiß aus eigener Erfahrung, was in diesem Beruf verlangt wird. Meine eigene Frau berichtet mir täglich aus ihrem Dienstalltag aus Neukölln. Neben dem Beruf im Ehrenamt tätig zu sein, finde ich einfach toll!

Wofür haben Sie sich schon für die Kolleginnen und Kollegen in Ihrem Bezirk eingesetzt?

Als Zeichen der Wertschätzung habe ich mich über die CDU Berlin stark für die geplanten Straßenumbenennungen zugunsten der im Dienst verstorbenen Polizisten Roland Krüger und Uwe Lieschied und für einen zentralen Gedenkplatz mit einer Tafel im Rathaus Neukölln eingesetzt. Die Umbe-



Der Berliner CDU-Politiker und Stadtrat im Bezirksamt Neukölln, Falko Liecke, in seinem Büro.

nennungen sind endlich Ende Februar 2020 in einem Teil der Kopf- und Morusstraße geplant. Ich finde, dass dieses wichtige Signal an unsere Berliner Polizei überfällig ist.

Wo muss Ihrer Meinung nach die Polizei Berlin noch politisch beziehungsweise materiell unterstützt werden?

Wir brauchen unbedingt ein neues Polizeigesetz, mit dem endlich eine intelligente Videotechnik zur Gefahrenabwehr, der finale Rettungsschuss, der Einsatz des sogenannten Tasers und auch die Bodycam (Körperkamera) verwendet werden kann. Die Einsatzwagen der Polizei müssen die Kollegen gut schützen und für die anspruchsvollen Einsatzlagen auf technisch hohem Niveau ausgestattet sein, Onlineabfragen bilden dabei den Standard.

Warum beschäftigen Sie sich mit der sogenannten Clankriminalität?

Als Jugendstadtrat in Neukölln muss ich mit meinen Mitarbeitern regelmäßig über kriminell gewordene Kinder, Jugendliche und Heranwachsende entscheiden. Auffällig ist hierbei, dass eine Mehrzahl der Delinquenten mit Straftaten wie Körper-

verletzung, Widerstand, Raub, Erpressung und auch Mord aus arabischen Großfamilien stammen. In Berlin ist das Neuköllner Jugendamt das einzige, das drei Mitarbeitende der sogenannten AG Kinder- und Jugendkriminalität einsetzt. Das Team ist direkt bei der Jugendgerichtshilfe angesiedelt und arbeitet eng mit anderen Stellen wie der Polizei, Staatsanwaltschaft, der Ausländerbehörde, Schulen, Vereinen und Jugendeinrichtungen zusammen, um die kriminellen Karrieren der jungen Leute aufzuhalten und bestenfalls zu beenden.

Was kann hierbei noch verbessert werden?

Wir brauchen ein funktionierendes, bezirks- beziehungsweise bundeslandübergreifendes Netzwerk aus Institutionen und Behörden. Gerade Behördenmitarbeiter dürfen nicht nur in ihrer Zuständigkeit denken. Unsere bekannten Straftäter nutzen das derzeit schamlos aus.

Was fordern Sie im Rahmen Ihres Clankonzeptes, das unter dem Begriff „#ClansStoppen“ bekannt ist?

Die vollständige Beweislastumkehr ist beispielsweise notwendig, um effektiv kriminelle Geldwäsche von Großfamilien zu bekämpfen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden, die Ordnungsbehörden müssen ihre Erkenntnisse regelmäßig austauschen (dürfen). Damit können sie parallel an mehreren Stellschrauben wie bei genutzten Gewerbebetrieben wie zum Beispiel Bars & Cafés, Barber-Shops, vermieteten Immobilien, bei teuren Autos, erhaltenen Sozialleistungen und Kindergeld drehen, um zukünftige Straftaten zu ver-

hindern oder begangene aufzudecken. Außerdem brauchen wir keine „Wattebauschurteile“ von der Justiz. Ein Strafmaß muss auch Nachahmer abschrecken. Als letztes Mittel des Staates müssen wir auch die Option haben, Kinder beziehungsweise Jugendliche bei Kindeswohlgefährdung aus den kriminellen Familien herauszunehmen. Alle meine Forderungen finden Sie unter www.clansstoppen.berlin.

Wann liegt Ihrer Meinung nach solch eine Kindeswohlgefährdung vor?

Bisher gibt es noch keine klare Definition für diese Fallkonstellation. Daher ist in diesem Jahr geplant, dass eine Expertenrunde im Rahmen eines Workshops an Kriterien und Rahmenbedingungen arbeitet. Für eine Kindeswohlgefährdung spricht, wenn Familienangehörige, die Straftaten verüben, negativ auf das Kind beziehungsweise den Jugendlichen einwirken und diese dadurch selbst Straftaten begehen. Das Aufwachsen in Strukturen der Organisierten Kriminalität gefährdet erheblich das Wohl der Kinder beziehungsweise Jugendlichen. Da können wir nicht tatenlos zusehen, sondern müssen handeln!

Welche negativen Erfahrungen haben Sie zu diesem Thema mit der Bevölkerung gemacht?

Im vergangenen Jahr nach der Schlagzeile „Nehmt den Clans die Kinder weg“ hatte ein junger Mann mit Migrationshintergrund in den sozialen Medien „Liecke Du Hurensohn!“ veröffentlicht und mich damit beleidigt. Ich hatte dann die

FORTSETZUNG Seite 4 oben



Tat über die Internetwache der Polizei angezeigt, der Täter wurde ermittelt und bestraft. Die zeitgleiche Bewerbung des Mannes bei der Polizei Berlin wurde wegen Ungeeignetheit nicht angenommen. Für mich hat unser System aus Justiz und Polizei gut funktioniert.

Wo kann denn aus ihrer Sicht das bezirkliche Ordnungsamt (OA) im Clankonzept eingesetzt werden?

Bei Großrazzien von Polizei, Zoll und Justiz ist das OA immer mit dabei. Besonders in Restaurants, Bars und Kneipen können gleichzeitig Verstöße gegen die Gewerbeordnung und das Jugendschutzgesetz gemeinsam geahndet werden. Aus meiner Sicht müssen die Kollegen vom OA speziell in Richtung von Clankriminalität aus- und fortgebildet werden.

Auch wenn die Frage nicht in Ihre Zuständigkeit fällt: Was muss bei den Ordnungsämtern verbessert werden?

Wenn die Bezahlung in Verbindung mit der Aus- und Fortbildung verbessert wird, kann auch der Zuständigkeitsbereich erweitert werden. Die Anzahl

der Mitarbeiter im Vergleich zu den bestehenden Aufgaben ist zurzeit zu gering. Hier muss aufgestockt werden. Auch die Schutzausstattung wie zum Beispiel Schutzwesten, Pfefferspray und die Einführung des Mehrzweck Einsatzstocks für den Außendienst ist notwendig. Gut ausgebildete und ausgestattete Kolleginnen und Kollegen machen eine noch bessere Arbeit. Und so kann dem Gewaltphänomen gegenüber unseren Sicherheitskräften besser begegnet werden.

Was möchten Sie noch als Schlusswort loswerden?

Mich ärgert, dass Justizsenator Behrendt durch das neue „Antidiskriminierungsgesetz“, das vom rot-rot-grünen Senat beschlossen wurde, der Berliner Polizei sein klares Misstrauen zum Ausdruck bringt. Dass er sich auch noch Gesprächen unter anderem mit der DPoIG verweigert, zeigt seine Geisteshaltung. Das Gesetz bringt nichts Gutes mit sich und darf vom Abgeordnetenhaus nicht beschlossen werden.

Vielen Dank für Ihre offenen Worte, Herr Liecke.

Ü-55-Generation trifft den Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf

Aktuelle Fragestunde – mit Ausklang

Am 27. November 2019 trafen sich unsere Mitglieder zur „aktuellen Fragestunde“ mit unserem Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf zum Austausch. Die Hauptthemen waren:

- > die Umstrukturierung in der „Polizei Berlin“,
- > der Personalmangel,
- > der Gesetzentwurf des Senats zur Einführung der „Pauschalen Beihilfe“, der bei uns

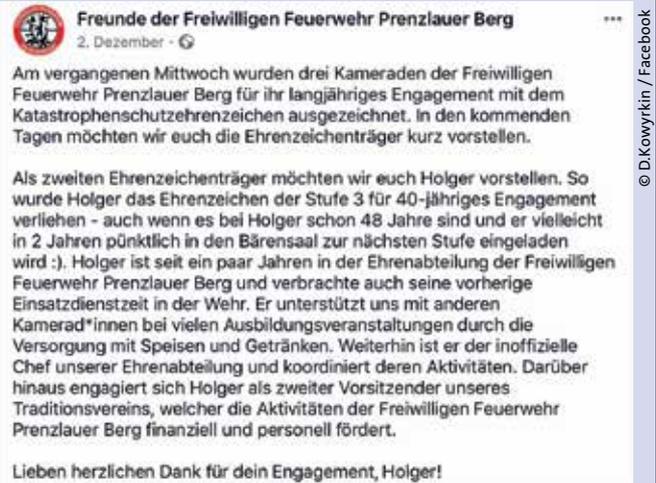
auf strikte Ablehnung stieß (siehe Seite 7),
 > die Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung/Versorgung.

Zuvor hatten Axel Scherbarth und Holger Schulz als die Organisatoren der Veranstaltung über Aktivitäten der dbb- und DPoIG-Senioren im Bund und in Berlin informiert. Danach ging es in ein Restaurant.

> Ehrung für unser Mitglied, den Seniorenbeisitzer Holger Schulz

Ehrenzeichen der Stufe 3: 40 Jahre engagiert

In der DPoIG Berlin engagiert sich Holger Schulz für die Senioren, wobei nicht jede/jeder Ü-55er sich schon als Seniorin oder Senior fühlt. Und Holger mischt immer wieder zuverlässig voller Tatendrang, Charme und Humor bei der Einsatzkräftebetreuung mit, sei es rund um den 1. Mai oder beim G20-Treffen im Hamburg. Und er ist nicht nur bei uns aktiv. Am 27. November 2019 wurde er von Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) mit zwei anderen Kameraden ausgezeichnet. Wir drucken im Polizeispiegel die Würdigung der Freunde der Freiwilligen Feuerwehr Prenzlauer Berg, die Holger über Facebook gratulierten:



> Holger Schulz (rechts) mit Innensenator Andreas Geisel bei der festlichen Übergabe



> Die Fragestunde wurde zur Gesprächsrunde im nahegelegenen Restaurant.



► Vor dem Eingang der Brigade de Ghisonaccia. Zu sehen sind (von links): Niklas Wegg von der Polizei Berlin sowie Arnaud Munari, Julie Deschamps, Carine Glas, Aurélien Roy, Maxence Mourer (alle zugehörig der Communauté de brigades de Ghisonaccia) und Emmanuel Balestri von der Arma dei Carabinieri.

La Brigade européenne – Das Europäische Kommissariat 2019 auf Korsika

Hallo, wir sind Emmanuel Ledieu (Dir E 23. EHu) und Niklas Wegg (Dir 4 A 46). Wir wurden jeweils für Juli und August auf Korsika, auch Île de Beauté genannt, abgeordnet, um die französische Polizei vor Ort zu unterstützen. Hier – in Auszügen – unser Bericht.

Jedes Jahr können sich sprachkundige Polizistinnen und Polizisten aus Deutschland für das Programm „Europäische Kommissariate“ bewerben. Die Einsatzgebiete sind europäische Urlaubsregionen, die bei Deutschen besonders beliebt sind. Ziel des Einsatzes ist es, der lokalen Polizei und den Urlauberinnen und Urlaubern bei Sprachbarrieren zu helfen und die Kommunikation zu vereinfachen. Daneben trägt das Programm zur Intensivierung der europäischen Integration bei, indem es die Zusammenarbeit der französischen und deutschen Polizei fördert.

► Die Gastdienststelle

Das Bundesministerium des Innern hatte uns den Zuschlag für Korsika erteilt, eine dicht bewaldete und bergige Mittelmeerinsel. Wir wurden der Communauté de brigades de Ghisonaccia bei der Gendarmerie nationale abgeordnet. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass in Frankreich neben der Police nationale, welche hauptsächlich in Städten ab 20000 Einwohner tätig ist, die Gendarmerie nationale in bevölkerungsärmeren Regionen

zuständig ist. Bei der Gendarmerie handelt es sich um Soldatinnen und Soldaten, die dem französischen Innenministerium unterstellt sind.

Die Brigade von Ghisonaccia umfasst neben der Wache einen Gebäudekomplex, in dem die Gendarmen mit ihren Familien untergebracht sind. Die Kolleginnen und Kollegen stammen aus sämtlichen Regionen Frankreichs. Korsika ist bei ihnen sehr beliebt, da ein Jahr Dienst dort doppelt auf die Lebensarbeitszeit angerechnet wird.

► Unterkunft und Dienstag

Aufgrund von Platzmangel auf dem Gelände der Brigade wurden wir in der nahegelegenen Ferienanlage Marine de Caprone, mit Vorzügen und Annehmlichkeiten wie im Urlaub inklusive Vollpension, untergebracht. In beiden Zeiträumen hatte die Gendarmerie jeweils einen italienischen Kollegen (Carabinieri) angefordert, die ebenfalls dort untergebracht wurden. Für den Weg zur Brigade und zurück wurde uns ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

Unser Dienstag sah wie folgt aus: Unter der Woche begann der Dienst um 8 Uhr. Nach einem obligatorischen Café und einer kurzen Lageeinweisung wurden wir den Kolleginnen und Kollegen für die Streifen zuge-

ordnet, entweder als dreisprachiges oder zweisprachiges Team.

Wir wurden entweder als EPAM (Funkwagen), als Präventionsstreife oder als Fahrradstreife eingesetzt. Im Vordergrund stand die Kontaktaufnahme mit den deutschsprachigen Touristinnen und Touristen am Strand und in den Ferienanlagen. Bei Sachverhalten und Einsätzen, in denen deutschsprachige Urlauberinnen und Urlauber involviert waren, unterstützten wir bei der Sprachvermittlung.

Ungewohnt für uns war die Dienstunterbrechung in der Zeit von 12 bis 14 Uhr, in der wir unser Mittagessen einnahmen. Die zweite Schicht endete gegen 18 Uhr. Nachtschichten – eher die Seltenheit – hatten wir freitags zu Fuß während der „Piétonne“, einem wöchentlich wiederkehrenden Straßenfest.

► Ausrüstung

Von der Ausstattung sind die Gendarmen auf Korsika ähnlich aufgestellt wie die Polizei Berlin. Schutzwesten gehören zur Grundausrüstung. Helme und schwere Schutzwesten der Schutzklasse 4 sind nach den Anschlägen im November 2015 in Paris angeschafft worden und nun auf jedem Funkwagen hinterlegt.

Moderne Geräte wie Smartphone und Tablet sind bei der Gendarmerie nationale schon seit mehreren Jahren vorhanden. Die Kolleginnen und Kollegen der Brigaden verfügten sogar jede/jeder über ein persönliches Smartphone. Bleibt

abzuwarten, ob wir in Berlin auch noch in den Genuss kommen. Für Erstaunen und Verwunderung sorgte aber die Entnahme der Fingerabdrücke bei der erkennungsdienstlichen Behandlung. Hier wurde noch „old school“ mit Tinte gearbeitet und im Nachhinein eingescannt.

In mehreren Gesprächen wurde der Taser als probates Einsatzmittel gelobt. Jeder Gendarme kann sich nach einem mehrtägigen Lehrgang mit dem Taser ausrüsten lassen. In Frankreich sieht man das Gerät rechtlich auf einer Ebene mit dem Schlagstock oder dem Pfefferspray. Bei einem Widerstand kann auf das Einsatzmittel zurückgegriffen werden, welches am geeignetsten erscheint.

► Unsere Highlights

Neben der wunderschönen Natur und der erstklassigen Unterkunft gab es auch einige dienstliche und private Highlights.

Für mich (Niklas Wegg) waren die Fahrradstreifen auf dem Mountainbike entlang der Strände und in die verschiedenen Campingplätze eine willkommene Abwechslung zum Funkwageneinsatzdienst mit der gewohnt hohen Einsatzbelastung in Berlin.

Des Weiteren wird mir die Herzlichkeit der Korsen in sehr guter Erinnerung bleiben. Wir wurden immer mit offenen Armen empfangen. Ich habe die Spannung zwischen Korsen und Ordnungsbehörden zu keinem Zeitpunkt gespürt.



© privat (2)

► Tolle Aussichten: Niklas Wegg mit seinem Kollegen Maxence Mourer auf der Straße nach Ventiseri.



Treffen der Ü-55er im Funkhaus Berlin an der Nalepastraße Besuch im Rundfunkhaus

Unsere erste Veranstaltung des Jahres 2020 findet am 27. Februar 2020 statt.

Wir treffen uns um 10.45 Uhr vor der Milchbar, also an der Spreeseite des Gebäudekomplexes des Rundfunkhauses Berlin, Nalepastraße 18. Informationen findet man im Web unter funkhaus-berlin.net.

Um 11 Uhr beginnt die Gruppenführung, die uns in circa 90 Minuten die Geschichte des ehemaligen DDR-Rundfunks

und den hohen technischen Standard des Rundfunkhauses näherbringt.

Der Eintritt kostet pro Person 15 Euro (anstatt 19 Euro).

Wir bitten um Anmeldung per E-Mail oder Telefon bei der Landesgeschäftsstelle bis zum 13. Februar 2020.

Auf ein Wiedersehen freuen sich Holger Schulz und Axel Scherbarth.

Für laufbegeisterte Mitglieder „1. DPoIG Berlin Run“ im Jahr 2020

Zum ersten Mal möchten wir als Landesverband Berlin eine exklusive Laufveranstaltung für 40 sportliche Mitglieder anbieten. Mit Unterstützung des Kreisverbands Dir 5 planen wir im März 2020 einen gestoppten Streckenlauf in einer Parkanlage im Süden Berlins.

Wer unsere Veranstaltung als Helfer, Streckenposten, Vorsor-

ger, Start- beziehungsweise Zielpersonal tatkräftig unterstützen möchte, kann sich in unserer Geschäftsstelle oder per E-Mail unter post@dpolg-berlin.de melden. Alle Details zum DPoIG Berlin Run werden wir demnächst über unsere Homepage veröffentlichen.

*Euer Landesredakteur
Kay Biewald*



© Symbolfoto DPoIG Berlin

> World of Weimar

Glanz auf dem Vulkan ist eine hochenergetische, exzentrische und innovative Bühnenshow mit Musik, Tanz, Gesang, Artistik, Humor und Frivolitäten aller Art, die Heute und Gestern im Hier und Jetzt vereint. Mit ihrer furiosen Band The Glanz und ihrem schillernden internationalen Künstlerensemble nehmen die Erfinder dieser Show, Evi Niessner & Mr. Leu – auch bekannt als Evi & Das Tier –, Sie mit auf eine rasante und ungeheuer vergnügliche Reise in die faszinierende World of Weimar.

Evi Niessner gilt als unumstrittene Expertin der 20er-Jahre. Ihre Sammlung an Noten, Magazinen, Texten und Schellackplatten dieser Zeit birgt wahre Schätze. Das Bühnenensemble lässt bei Glanz auf dem Vulkan eine dicht gewobene künstlerische Bühnenwelt entstehen, die durch die Videoinstallationen des renommierten Hamburger Videokünstlers Domenico Toma visuell zum Leben erweckt wird.

Unser Unterstützer go public! bietet für dieses Gastspiel einen Sonderdeal an. Weitere Termine lest ihr aktuell auf der Homepage und im nächsten POLIZEISPIEGEL.

Termin: Sonntag, 16. Februar 2020

Beginn: 20 Uhr

Ort: Nikolaisaal Potsdam, Wilhelm-Staab-Straße 10–11, 14467 Potsdam

Sonderdeal: Das Kontingent beträgt 20 Tickets in der Preisklasse PK3 zum Preis von 22,40 Euro pro Ticket (regulär: 44,80 Euro). Die Karten sind zu reservieren per Mail an mail@gopublicberlin.de. Buchbar bis 14. Februar und nicht kombinierbar mit anderen Rabatten (bitte unbedingt das Stichwort „Deutsche Polizeigewerkschaft Berlin“ angeben). Bei der Abholung der Karten ist bitte der DPoIG-Mitgliedsausweis vorzulegen.



© Andrey Kezryn



Vom Kommissar zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Berlin (Teil 2)

Im Interview: Michael Krömer

Am 1. September 2018 wurde DPPr Michael Krömer nach 44 spannenden Dienstjahren bei der Polizei Berlin – darunter auch als Einsatzführer bei über 150 Großlagen – in den verdienten Ruhestand entlassen.

Unser Seniorenvertreter Holger Schulz und Landesredakteur Kay Biewald trafen sich mit dem 66-jährigen Michael Krömer in der Landesgeschäftsstelle in Berlin-Moabit, um mit ihm über seine erfolgreiche Laufbahn, aktuelle Themen und Persönliches zu sprechen. Ein Interview in zwei Teilen.

DPoIG: Was verstehen Sie unter Wertschätzung?

Jede Chefin/jeder Chef sollte für die Mitarbeiter(innen) ein offenes Ohr haben. So habe ich es immer praktiziert und finde es weiterhin sehr wichtig. Denn an wen sollen sich die Kolleginnen und Kollegen wen-

den, wenn sie mal Mist gebaut haben? Als Chef hatte ich immer gesagt: „Bitte kommt erst zu mir, bevor ich es von dritter Seite höre!“

Wie empfinden Sie die Situation in der Rigaer Straße, wo es regelmäßig zu Übergriffen auf Polizeibeamte und -angestellte kommt?

Ich habe solch einen Angriff auf meine Kolleginnen und Kollegen immer als einen Angriff auf mich angesehen. Es darf in Berlin keine Straße geben, wo ein Einsatzwagen der Polizei nicht ungefährdet hineinfahren kann. Die Rigaer Straße muss wie jede andere Straße in unserer Stadt behandelt werden.

Konsequente Strafverfolgung muss auch dort durchgeführt werden. Andere Ordnungsbehörden müssen hier gemeinsam mit der Polizei klare Grenzen setzen.

Was halten Sie von den aktuellen Maßnahmen im/am Görlitzer Park?

Die Situation im „Görli“ ist sehr kompliziert. Hier ist in meinen Augen das Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg gefordert, klare Verhältnisse zu schaffen. Die Bevölkerung ist in ihrer Meinung total geteilt. Außerdem liegt eine politische Unterstützung der Justizverwaltung in Bezug auf das Betäubungsmittelrecht nicht vor. Die Polizei kann im „Görli“ nicht als Alleinhandelnder auftreten.

Was planen Sie für den Ruhestand? Was sind Ihre persönlichen Ziele?

Ich möchte weiterhin fit bleiben. Daher fahre ich täglich Fahrrad, am Wochenende sogar größere Touren nach Brandenburg. Bei meinem neuen großen Hobby, dem Erkunden der Vor- und Frühgeschichte unserer Stadt,

bin ich nahezu täglich unterwegs. Die Musik kommt nicht zu kurz; noch immer belegen Freddy Mercury und David Bowie die vorderen Plätze. Endlich ist auch wieder Zeit zum Lesen. Eigentlich wollte ich Lesepate für lerningeschränkte Kinder werden, doch als ehemaliger Polizist wurde ich aus pädagogischer Sicht sehr kritisch angesehen. Daher habe ich mein Vorhaben nicht weiterverfolgt.

Was möchten Sie als Schlusswort loswerden?

Bei meinen regelmäßigen Spaziergängen durch den Ortsteil Schmargendorf vermisse ich die Schutzfrau, den Schutzmann zum Anfassen. Vielleicht nutzt die Polizeiführung die Chance bei der aktuellen Strukturreform, wieder mehr Kolleg(innen) für die Bevölkerung auf die Straße zu bringen.

Vielen Dank für Ihre Zeit! ■

Änderungen bei den Beihilferegelungen – Entscheidung ohne Rückkehrrecht (Teil 4)

Miese Pläne zum System Krankenkasse

[Fortsetzung der Stellungnahme des dbb beamtenbund und tarifunion berlin zum Gesetzentwurf zur Einführung der pauschalen Beihilfe.](#)

Diese Absicht steht im Widerspruch zu den Plänen vieler Parteien im Deutschen Bundestag. Diese fordern die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung und zielen auf die Abschaffung beziehungsweise die Schwächung der beamtenrechtlichen Sicherungssysteme. Damit wäre das vorgeschlagene Modell nicht vereinbar, weil eine zwingende und allumfassende Zwangsversicherung die Abschaffung

sämtlicher Wahlmöglichkeiten notwendigerweise beinhaltet. Zudem würden auch weitere beamtenrechtliche Sicherungssysteme, wie die Heilfürsorge im Vollzugsbereich, infrage gestellt. Deshalb müssen die Ernsthaftigkeit dieses Vorschlags und die langfristige Ausrichtung infrage gestellt werden. Von Wahlfreiheit kann bei dieser Positionierung nicht mehr die Rede sein.

Zuständigkeiten und verfassungsrechtliche Grenzen missachtet

Der Dienstherr hat bei der Erfüllung seiner Fürsorgepflicht

einen weiten Gestaltungsspielraum (BVerfG, Beschluss vom 13. November 1990, 2 BvF 3/88), jedoch muss die Gesamtwirkung der Maßnahme in Wechselwirkung mit anderen Sicherungssystemen abgewogen werden.

Die Regelungen zur Versicherungspflicht beziehungsweise Versicherungsfreiheit und damit der Zuordnung zur gesetzlichen Krankenversicherung sind grundsätzlich der Kompetenz des Bundes zugeordnet, welche durch das Sozialgesetzbuch V wahrgenommen werden. Gleiches gilt infolge für die Gewäh-

rung eines Arbeitgeberzuschusses nach § 257 SGB V.

Kennzeichen der gewachsenen Beihilfe ist die anlassbezogene Gewährung einer Leistung im Krankheitsfall. Festzustellen ist, dass ein wie auch immer ausgestalteter regelmäßiger pauschaler Zuschuss wie ein „Arbeitgeberzuschuss“ wirkt und gewertet werden muss – und deshalb keine Beihilfegewährung darstellen kann. Das Antragsziel ist auch nicht mit der verfassungsrechtlich geschützten Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz vereinbar.

FORTSETZUNG FOLGT



Termine

Februar
27.

DPoIG Frauennetzwerk ROCK

16 bis 20 Uhr, DPoIG Landesgeschäftsstelle
Alt Moabit 96 a, 10559 Berlin,
Anmeldungen zur Teilnahme bitte unter
sabine.schumann@dpolg-berlin.de

> Einsatzkräftebetreuung und Weihnachtsbäume

Am 13. und 14. Dezember 2019 war es wieder Zeit für die regelmäßig stattfindenden Verkehrskontrollen zur Feststellung von Drogen- und Alkoholverstößen im Straßenverkehr und unsere Betreuungsaktion der Einsatzkräfte. Diesmal gab es Kuchen, warme Würstchen, Obst, warmen Kakao wahlweise mit oder ohne Sahne, Schaumküsse und andere süße Leckereien, um Danke zu sagen und unsere Wertschätzung für die im Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Wir konnten feststellen, dass uns an allen vier Kontrollstellen (A 35/A 36, A 15/A 16, A 13/A 14 und A 11/A 12) ausnahmslos Begeisterung und Anerkennung für die von uns durchgeführte Betreuung entgegengebracht wurde. Während der Gespräche konnten wir ein durchweg positives Feedback für unsere Weihnachtsbaumaktion auf den Dienststellen aus der Vorwoche einholen und für die gewerkschaftliche Arbeit neue Impulse aufnehmen.



> Der A 11, A 14, A 35, A 36 und K 23 nutzten das Angebot der DPoIG und ließen sich kostenlos einen Weihnachtsbaum aufstellen. Stilecht geschmückt!

Außerdem war es uns erstmalig möglich, mit den „neuen“ Angehörigen der Direktion 1 geballt ins Gespräch zu kommen. In diesem Jahr machten der A 11, der A 14, der A 35, der A 36 und K 23 Gebrauch von der Möglichkeit, einen kostenlosen und geschmückten Weihnachtsbaum von der DPoIG gestellt zu bekommen. Natürlich gab es auch diesmal wieder nützliche Helfer für den Dienst wie Beatmungstücher, Merkhefte, Kugelschreiber, Dienstkalender et cetera.

Euer Lars Golombek, Kreisvorsitzender Dir 1



© Lars Golombek (2)

> Verkehrskontrolle in der Nacht. Das Ziel: Drogen- und Alkoholkonsum festzustellen.

Notfallnummer der DPoIG Berlin



Gilt nur außerhalb
der Geschäftszeiten.

0177.3008710



© aratian / Fotolia

Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

Dann Kreuzbund Berlin!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und bundesweit!
- > Eine ist auch in Deiner Nähe!



Kreuzbund Diözesanverband Berlin e.V.

Tübinger Straße 5, 10715 Berlin

E-Mail: info@kreuzbund-berlin.de, Tel.: 030.85784380

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Redaktionsschluss für die März-Ausgabe ist der 7. Februar 2020.

Veröffentlichungen wie Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

> Landesredakteur DPoIG Berlin

Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin,
oder E-Mail: presse@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.



Rechtsschutzberatung

Die Rechtsschutzberatung der DPoIG Berlin für unsere Mitglieder findet nach Vereinbarung und vorheriger telefonischer Rücksprache statt.



Termine können unter
030.3933073-74
vereinbart werden.

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der Rechtsschutzordnung des dbb.

